

02.06.2026

## **Interpellation der Fraktion Die Mitte betreffend der Sicherheit und Versorgung der Zuger Bevölkerung während Krisen- und Kriegsereignissen**

Seit Jahren verändert sich die militärische Sicherheitslage in Europa grundlegend. Offene Konflikte mit direkten Verlusten und Schäden sind ausgebrochen. Aber auch die weniger offensichtlichen Konflikte, wie die hybride Kriegsführung sind vermehrt zu beobachten. Zudem wird von aussen versucht, die gesellschaftliche Resilienz zu untergraben. Das Bundesgesetz über die Armee und Militärverwaltung (Militärgesetz MG) regelt die militärische Landesverteidigung der Schweiz. Die Kantone sind für den Bevölkerungsschutz zuständig. Das Gesetz betreffend Schutz der Bevölkerung (Bevölkerungsschutzgesetz BevSG) regelt die kantonalen Aufgaben.

Eine Gefährdung der Bevölkerung ist deutlich realistischer und kann unmittelbar werden. Wir stellen dem Regierungsrat zur aktuellen Situation nachfolgend Fragen zur Sicherheit und Versorgung der Zuger Bevölkerung während Krisen – und Kriegsereignissen.

1. Wie ist der Bevölkerungsschutz im Kanton Zug aufgestellt? Wo besteht allenfalls Optimierungsbedarf?
2. Kann die Kommunikation mit der Bevölkerung bei Stromausfall und/oder Wegfall, bzw. Zerstörung der offensichtlichen Kommunikationsinfrastruktur alternativ organisiert werden?
3. Wie organisiert der Kanton die Versorgung seiner Bevölkerung (Wasser, Energie, Strom, Lebensmittel)?
4. Wie organisiert der Kanton seine Gesundheitsversorgung, beginnend ab einem feinmaschigen Netz in den Quartieren bis übergeordnet, geschützte Spitäler? Wie würde letzteres aussehen? Sind die Antworten zur Interpellation Nr. 2931 von Kurt Balmer, Roger Wiederkehr, Pirmin Andermatt und Jean Luc Mösch betreffend geschütztes Spital Baar vom 9. Juli 2019 wegen der grundlegend veränderten Sicherheitslage zu revidieren?
5. Hat der Kanton die Möglichkeit und gesetzlichen Voraussetzungen, die eigenen, kritischen Infrastrukturen ausreichend zu schützen? Zwecks Gewährung der Geheimhaltung wählen wir das Adjektiv «wie» bewusst nicht.
6. Zahlreiche Berufstätige und weitere Personen aus der Bevölkerung verfügen über wertvolles Fachwissen und Fähigkeiten. Wie können diese Personen einbezogen werden, in Ergänzung zur Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst, Zivilschutz und Gesundheitsversorgung? Auf welcher gesetzlichen Grundlage ist dieser Einbezug möglich?
7. Können ergänzend zur Frage Nr. 6 auch Unternehmen und ihre Infrastrukturen einbezogen werden?
8. Ist die Bevölkerung ausreichend geschult und informiert über das Verhalten in Krisenzeiten (Notvorrat, gegenseitige Unterstützung, Ort der Schutzräume und Sammelplätze, Anlaufstellen bei grossen Störungen wie z.B. Stromausfall, etc.)?

9. Wie kann die Resilienz der Bevölkerung gestärkt werden?
10. Bestehen zu den oben gestellten Fragen im Bevölkerungsschutzgesetz (BevSG) Lücken, die zu schliessen sind?

Wir bedanken uns für die Beantwortung der Fragen und weiteren Informationen.

Namens der Mitte-Fraktion

Patrick Röögli, Kantonsrat, Die Mitte Stadt Zug  
Heinz Achermann, Kantonsrat, Die Mitte Hünenberg